



Niederschrift

über die Sitzung

des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

am 10.11.2020

Tagesordnung

a) öffentlich

1. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 15.09.2020
2. Wirtschaftliche Beteiligungen
 - 2.1. Wirtschaftliche Beteiligungen; Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH
 - 2.2. Kommunale Datenzentrale Mainz
 - 2.3. Kommunale Datenzentrale Mainz
 - 2.4. Kommunale Datenzentrale Mainz
 - 2.5. Kommunale Datenzentrale Mainz
 - 2.6. Wirtschaftliche Beteiligungen: Wirtschaftsbetrieb Mainz AöR
 - 2.7. Gebäudewirtschaft Mainz
 - 2.8. Gebäudewirtschaft Mainz
 - 2.9. Gebäudewirtschaft Mainz
 - 2.10. Entsorgungsbetrieb der Stadt Mainz
 - 2.11. Wirtschaftliche Beteiligungen: Mainzer Stadtwerke AG
 - 2.12. Wirtschaftliche Beteiligungen; Mainzer Stadtwerke AG
 - 2.13. Wirtschaftliche Beteiligungen; Rheingoldhalle Verwaltungs GmbH
 - 2.14. Wirtschaftliche Beteiligungen; Rheingoldhalle GmbH & Co. KG
 - 2.15. Wirtschaftliche Beteiligungen; Wohnbau Mainz GmbH
 - 2.16. Wirtschaftliche Beteiligungen: Bericht
3. Finanzcontrolling
4. Haushaltsangelegenheiten
 - 4.1. Doppelhaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2021 / 2022 (Verwaltungsentwurf)
 - 4.1.1. Kommunales Fördermittelmanagement (gem. Antrag B90/Die Grünen/SPD/FDP)
 - 4.1.2. gem. Haushaltsbegleitantrag: „Auf Augenhöhe mit den Herausforderungen“ (BÜDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP)
 - 4.2. Doppelhaushalt für die Haushaltsjahre 2021/2022;
 - 4.3. Verwaltungsentwurf des Sonderhaushaltsplans (Fonds, Selbständige Stiftungen)
 - 4.4. „Aufwertung der Kirchenfläche St. Bonifaz“ und „Umgestaltung Bonifaziusstraße und Bonifaziusplatz“
 - 4.5. Überplanmäßige Mittelbereitstellung i. H. v. 1.370.800 € zur Erfüllung der Pflichtaufgaben und Abwehr von Gefahren
 - 4.6. Finanzstatus Amt 51
 - 4.7. Unselbständige Stiftungen, rechtlich selbständige Stiftungen und Fonds
 - 4.8. Haushaltsangelegenheit
 - 4.9. Errichtung einer Bürocontaineranlage II auf der Zitadelle
 - 4.10. GS Laubenheim, Schule und Sporthalle
 - 4.11. Nachbewilligung von Haushaltsmittel für den Bau der Rollschuhbahn auf der BSA Mainz-Bretzenheim
 - 4.12. Haushaltsangelegenheit
5. Bildung eines Kommunalen Zweckverbandes zur Koordinierung und Beratung der Eingliederungshilfe U 18 und der Kinder- und Jugendhilfe

6. Mitteilungen

b) nicht öffentlich

7. Grundstücksangelegenheit

8. Niederschlagung von Forderungen

9. Mitteilungen

Der Vorsitzende eröffnet um 16:30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Herr Beck teilt mit, dass zum TOP 4.1 zwei Haushaltsbegleitanträge vorliegen. Zum einen der gemeinsame Haushaltsbegleitantrag „Auf Augenhöhe mit den Herausforderungen“ der Stadtratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP und SPD und zum anderen der gemeinsame Haushaltsbegleitantrag „Kommunales Fördermittelmanagement“ der Stadtratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP und SPD.

Hinsichtlich der Tagesordnung beschließt man einstimmig bei 15 Ja-Stimmen die Aufnahme des TOP 4.12. Herr Bürgermeister Beck erläutert hierzu die Dringlichkeit.

Herr Holle regt an, im Rahmen der nächsten Haushaltsplanung gegebenenfalls eine zusätzliche Sitzung für die Beschlussvorlagen zur Haushaltsplanaufstellung vorzusehen, um die reguläre Tagesordnung nicht zu überlasten.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

Punkt 1 **Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 15.09.2020**

Ohne Einwendungen nimmt der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen von der Niederschrift über die Sitzung vom 15.09.2020 Kenntnis.

Punkt 2 **Wirtschaftliche Beteiligungen**

Punkt 2.1 **Wirtschaftliche Beteiligungen; Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH (ZBM); hier: Verlängerung des Anstellungsvertrages von Herrn Günter Beck als Geschäftsführer der ZBM Vorlage: 1714/2020**

Frau Eder übernimmt für diesen TOP anstelle von Herrn Beck den Vorsitz des Ausschusses.

Herr Beck nimmt gemäß § 22 GemO nicht an der Beratung und Abstimmung teil und verlässt für diesen TOP den Sitzungsraum.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt mehrheitlich bei 10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen zu, den Anstellungsvertrag von Herrn Günter Beck als Geschäftsführer der Zentralen Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH um weitere fünf Jahre (16.12.2020 – 15.12.2025) zu verlängern.

Punkt 2.2 **Kommunale Datenzentrale Mainz**
hier: Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2019
Vorlage: 1313/2020

Herr Kinzelbach fragt an, warum trotz erwirtschaftetem Jahresüberschuss keine Ausschüttung an die Stadt erfolgt. In den vergangenen Jahren wurde stets an die Stadt ausgeschüttet. Herr Mossel, Amtsleitung des Amtes für Finanzen, Beteiligungen und Sport teilt mit, dass aufgrund der geplanten Umbaumaßnahmen der KDZ die Ausschüttung auf nächstes Jahr verschoben wurde.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt einstimmig bei 15 Ja-Stimmen der Feststellung des Jahresabschlusses der KDZ Mainz für das Geschäftsjahr 2019 mit einem Jahresüberschuss i.H.v. 461.011,35 EUR und einer Bilanzsumme i.H.v. 10.968.104,44 EUR zu. Der Jahresüberschuss in Höhe von 461.011,35 EUR wird in die allgemeine Rücklage der KDZ Mainz eingestellt.

Punkt 2.3 **Kommunale Datenzentrale Mainz**
hier: Wirtschaftsplan der KDZ Mainz für das Geschäftsjahr 2021
Vorlage: 1745/2020

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt einstimmig bei 15 Ja-Stimmen dem Wirtschaftsplan der KDZ Mainz für das Geschäftsjahr 2021 zu.

Punkt 2.4 **Kommunale Datenzentrale Mainz**
hier: Investitionsprogramm zum Wirtschaftsplan der KDZ Mainz für das Geschäftsjahr 2021
Vorlage: 1746/2020

Die Investitionsplanungen beruhen auf der Annahme, dass die Personalkapazität so bestehen bleibt wie sie aktuell ist. Prinzipiell könnten mehr Maßnahmen umgesetzt werden, wenn der KDZ mehr Personal zur Verfügung stünde, so Herr Bockholdt, Werkleitung der KDZ, auf Nachfrage. Die Priorisierung der Investitionen erfolge in Zusammenarbeit mit dem Hauptamt.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt einstimmig bei 15 Ja-Stimmen dem Investitionsprogramm zum Wirtschaftsplan der KDZ Mainz für das Geschäftsjahr 2021 zu.

Punkt 2.5 **Kommunale Datenzentrale Mainz**
hier: Preisverzeichnis der KDZ Mainz ab dem 01.01.2021
Vorlage: 1747/2020

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt einstimmig bei 15 Ja-Stimmen dem Preisverzeichnis der KDZ, gültig ab dem 01. Januar 2021, zu.

Punkt 2.6 **Wirtschaftliche Beteiligungen: Wirtschaftsbetrieb Mainz AöR**
hier: Bestellung des Abschlussprüfers für die Wirtschaftsjahre 2020 bis
2023
Vorlage: 1692/2020

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt einstimmig bei 15 Ja-Stimmen der Bestellung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft SWS Schüllermann und Partner AG als Abschlussprüfer für den Wirtschaftsbetrieb Mainz AöR zur Prüfung der Jahresabschlüsse für die Jahre 2020 bis 2023 zu.

Punkt 2.7 **Gebäudewirtschaft Mainz**
hier: Investitionsprogramm 2020-2024 des Eigenbetriebes Gebäudewirtschaft Mainz
Vorlage: 1806/2020

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt einstimmig bei 15 Ja-Stimmen dem Investitionsprogramm 2020-2024 der Gebäudewirtschaft Mainz zu.

Punkt 2.8 **Gebäudewirtschaft Mainz**
hier: Wirtschaftsplan 2021 des Eigenbetriebes Gebäudewirtschaft Mainz
Vorlage: 1807/2020

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt einstimmig bei 15 Ja-Stimmen dem Wirtschaftsplan 2021 der Gebäudewirtschaft Mainz zu.

Punkt 2.9 **Gebäudewirtschaft Mainz**
hier: Bestellung des Abschlussprüfers für die Wirtschaftsjahre 2020 bis

2022
Vorlage: 1808/2020

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt einstimmig bei 15 Ja-Stimmen der Bestellung der SWS Schüllermann und Partner AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Rheinhesenstraße 9a, 55129 Mainz für die Prüfung der Jahresabschlüsse 2020 bis 2022 der Gebäudewirtschaft Mainz zu.

Punkt 2.10 Entsorgungsbetrieb der Stadt Mainz
hier: Prüfbericht über den Jahresabschluss 2019 und Beschlussfassung über
die Behandlung des Jahresergebnisses
Vorlage: 1682/2020

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt einstimmig bei 15 Ja-Stimmen der Feststellung des Jahresverlusts in Höhe von -2.739.559,46 EUR zu. Dieser wird nach Abzug der nach § 8 Abs. 3 KAG zu erwirtschafteten Eigenkapitalverzinsung in Höhe von 517.282,95 EUR (Entnahme aus dem Gewinnvortrag) auf neue Rechnung vorgetragen.

Punkt 2.11 Wirtschaftliche Beteiligungen: Mainzer Stadtwerke AG
hier: Konzessionsvertrag zur Durchführung des ÖPNV mit Straßenbahnen -
Verlängerung der Laufzeit im Rahmen der Direktvergabe an die Mainzer Ver-
kehrsgesellschaft mbH
Vorlage: 1720/2020

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt einstimmig bei 15 Ja-Stimmen der Verlängerung der Laufzeit des Konzessionsvertrags zur Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) mit Straßenbahnen im Stadtgebiet Mainz bis 30.06.2044 und der Ergänzung der Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH als weitere Vertragspartei zu.

Punkt 2.12 Wirtschaftliche Beteiligungen; Mainzer Stadtwerke AG
hier: Beteiligung der Mainzer Stadtwerke AG an der insertEFFECT GmbH
Vorlage: 1846/2020

Herr Holle erkundigt sich nach den Gründen für eine Beteiligung an der Gesellschaft. Andere Alternativen einer Kooperation, wie zum Beispiel der Abschluss eines Vertrages, wären auch denkbar, so Herr Holle. Ebenfalls fragt er nach dem Anteil der MVG am Gesamtumsatz der insertEFFECT GmbH.

Man habe sich bewusst für eine Beteiligungslösung entschieden. In der Vergangenheit habe es bereits eine ähnliche enge Zusammenarbeit zwischen der MVG und einem Dienstleistungsunternehmen gegeben. Durch den Umzug des Dienstleistungsunternehmens gingen aufgebau-

te Strukturen verloren. Man möchte dies mit einer Beteiligung an dem Unternehmen vermeiden, so Herr Gahr, Vorstandsvorsitzender der Mainzer Stadtwerke AG.

Er sagt außerdem zu, den Prozentsatz zum Anteil am Gesamtumsatz nachzureichen.

Anmerkung: Herr Gahr teilt nach der Sitzung schriftlich mit, dass der auf die MVG zurückzuführende Anteil am Gesamtumsatz von insertEFFECT im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr 2019 13,7 % betrug.

Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen diskutieren über die strategische Ausrichtung der Mainzer Stadtwerke AG sowie das grundsätzliche unternehmerische Handeln der Stadt Mainz.

Sodann stimmt der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen bei 12 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen dem Erwerb von 50 % der Geschäftsanteile an der insertEFFECT GmbH durch die Mainzer Stadtwerke AG zu einem Kaufpreis in Höhe von 1,25 Mio. EUR zu. Die Beschlussfassung steht unter dem Vorbehalt, dass die ADD bezüglich des Beteiligungserwerbs keine bedeutenden kommunalaufsichtsbehördlichen Bedenken geltend macht.

Punkt 2.13 **Wirtschaftliche Beteiligungen; Rheingoldhalle Verwaltungs GmbH**
hier: Jahresabschluss zum 31.12.2019
Vorlage: 1685/2020

Nach Kenntnisnahme des Prüfberichts der CONCEPT Renkes & Partner mbB Wirtschaftsprüfungsgesellschaft über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2019 stimmt der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen einstimmig bei 15 Ja-Stimmen

1. der Feststellung des Jahresabschlusses der Rheingoldhalle Verwaltungs-GmbH für das Geschäftsjahr 2019 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 61.876,79 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 2.154,17 EUR
2. dem Ergebnisverwendungsvorschlag, den Jahresüberschuss 2019 in Höhe 2.154,17 EUR auf neue Rechnung vorzutragen,
3. der Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2019

zu.

Punkt 2.14 **Wirtschaftliche Beteiligungen; Rheingoldhalle GmbH & Co. KG**
hier: Jahresabschluss zum 31.12.2019
Vorlage: 1687/2020

Nach Kenntnisnahme des Prüfungsberichts der CONCEPT Renkes & Partner mbB Wirtschaftsprüfungsgesellschaft über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2019 stimmt der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen einstimmig bei 15 Ja-Stimmen

1. der Feststellung des Jahresabschlusses der Rheingoldhalle GmbH & Co. KG für das Geschäftsjahr 2019 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 12.949.926,32 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 286.012,53 EUR,
2. der Verrechnung des Jahresfehlbetrags 2019 in Höhe von 286.012,53 EUR mit den Ergebniskonten der Gesellschafter,
3. der Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2019

zu.

Punkt 2.15 **Wirtschaftliche Beteiligungen; Wohnbau Mainz GmbH**
hier: Bestellung eines Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung 2020
Vorlage: 1713/2020

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt einstimmig bei 15 Ja-Stimmen der Bestellung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Willitzer – Baumann – Schwed, Wiesbaden, zur Prüfung der Jahresabschlüsse 2020 der Wohnbau Mainz GmbH und ihrer Tochtergesellschaft WB Services GmbH zu.

Punkt 2.16 **Wirtschaftliche Beteiligungen: Bericht**
hier: Halbjahresberichte 2020 von Beteiligungsgesellschaften der Stadt Mainz in privater Rechtsform sowie von Eigenbetrieben und einer Anstalt des öffentlichen Rechts
Vorlage: 1265/2020

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen nimmt die Halbjahresberichte 2020 von Beteiligungsgesellschaften der Stadt Mainz in privater Rechtsform sowie von Eigenbetrieben und der Anstalt des öffentlichen Rechts zur Kenntnis.

Punkt 3 **Finanzcontrolling**
hier: Finanzcontrollingbericht zum Stichtag 31.08.2020 über die Entwicklung des Ergebnishaushaltes mit Prognosewerten zum 31.12.2020
Vorlage: 1870/2020

Herr Bürgermeister Beck führt in die Vorlage ein, erläutert den Finanzcontrollingbericht und stellt die wichtigsten Punkte aus dem Bericht heraus. Beispielsweise den “Einbruch der Gewerbesteuer” durch die anhaltende Corona-Pandemie, welcher zum Teil kompensiert wurde. Unter anderem durch eine höhere Schlüsselzuweisung durch das Land sowie eine höhere Bundeszuweisung für die Kosten der Unterkunft.

Die in der heutigen Sitzung zur Abstimmung stehenden Mittelbereitstellungen seien schon zum Teil in den Prognosewerten des Finanzcontrollingberichts berücksichtigt, antwortet Herr Mossel auf Nachfrage von Herrn Prof. Leinen mit Hinweis darauf, dass der investive Teil des Haushalts und die damit zusammenhängenden Mittelbereitstellungen nicht im Finanzcontrollingbericht abgebildet werden.

Sodann nimmt der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen vom Finanzcontrollingbericht zum 31.08.2020 über die Entwicklung des Ergebnishaushalts mit Prognose zum 31.12.2020 zur Kenntnis.

Punkt 4 **Haushaltsangelegenheiten**

Punkt 4.1 **Doppelhaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2021 / 2022 (Verwaltungsentwurf)** **Vorlage: 1482/2020**

Herr Prof. Leinen gibt den Hinweis, den Summenzug auf Seite 36 des Doppelhaushaltsplans 2021/2022 (Verwaltungsentwurf) bei der Übersicht „Entwicklung der Jahresergebnisse“ nochmals zu prüfen.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt bei 9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 5 Enthaltungen dem Verwaltungsentwurf zum Doppelhaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2021/2022 zu.

Punkt 4.1.1 **Kommunales Fördermittelmanagement (gem. Antrag B90/Die Grünen/SPD/FDP)** **Vorlage: 2080/2020**

Herr Hans trägt den gemeinsamen Haushaltsbegleit Antrag „Kommunales Fördermittelmanagement“ der Stadtratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP vor. Er führt aus, dass es gerade zur Überwindung der Folgen der Corona-Pandemie eines besseren Managements von Fördermitteln bedarf. Es sei wichtig, ein politisches Mandat damit zu betrauen, um zu gewährleisten, dass die Priorisierung darauf gerichtet wird, dass immer dann Fördermittel beantragt werden, wenn dies möglich ist. Der gemeinsame Antrag der Stadtratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP sieht daher vor:

1. Die Verwaltung wird gebeten, ein Konzept für ein kommunales Fördermittelmanagement zu entwickeln
2. die Hauptsatzung der Landeshauptstadt Mainz in § 1 Abs. 1 wie folgt zu ändern:
„Die Stadt Mainz hat eine hauptamtliche Oberbürgermeisterin oder einen hauptamtli-

chen Oberbürgermeister, fünf hauptamtliche Beigeordnete mit eigenem Geschäftsreich und eine ehrenamtliche Beigeordnete oder einen ehrenamtlichen Beigeordneten.“

3. den Stellenplan zum Haushaltsplan 2021/2022 wie folgt zu ergänzen:
 - 1 Stelle Ehrenbeamter/Ehrenbeamtin (ehrenamtliche/r Beigeordnete/r)
 - 1 Stelle EG 8 TVöD (1. Vorzimmerkraft)
 - ½ Stelle EG 6 TVöD (Vorzimmerkraft)
 - 1 Stelle EG 11 TVöD (Dezernatsbearbeitung)

Herr Lange entgegnet, dass grundsätzlich Einigkeit darüber bestehe, dass zusätzliche Kräfte für das Fördermittelmanagement benötigt werden. Ein zusätzliches Dezernat für das Fördermittelmanagement und die damit einhergehende Betrauung eines politischen Mandats mit der Aufgabe sei nicht zielführend.

Die Ausschussmitglieder diskutieren über das Für und Wider einer Einrichtung eines zusätzlichen Dezernats und der Zentralisierung des Fördermittelmanagements. Dafür spreche unter anderem, dass durch ein zusätzliches Dezernat der Überblick gewahrt und die anderen Dezernate beraten werden könne. Dagegen spreche, dass es durch die Zentralisierung zu mehr Reibung innerhalb der Verwaltung kommen und man den Überblick durch zu viele unterschiedliche Fachbereiche nicht behalten könne.

Sodann stellt Herr Lange, in Vertretung für die CDU-Stadtratsfraktion folgenden Änderungsantrag zum gemeinsamen Haushaltsbegleitantrag „Kommunales Fördermittelmanagement“ der Stadtratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP:

1. Nummer 2 des gemeinsamen Antrags zu streichen
2. Die zusätzlichen Stellen unter Nummer 3 zu streichen und durch zwei Stellen EG 11 TVöD zu ersetzen
3. Erstellung eines Fördermittelkonzepts, insbesondere im Hinblick auf die Akquise von Fördermitteln.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt mehrheitlich bei 6 Nein-Stimmen und 9 Ja-Stimmen dem gemeinsamen Haushaltsbegleitantrag „Kommunales Fördermittelmanagement“ der Stadtratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP zu.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen lehnt mehrheitlich bei 9 Nein-Stimmen, 4 Ja-Stimme und 2 Enthaltungen den Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zum gemeinsamen Haushaltsbegleitantrag „Kommunales Fördermittelmanagement“ der Stadtratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP ab.

Punkt 4.1.2 **gem. Haushaltsbegleitantrag: „Auf Augenhöhe mit den Herausforderungen“**
(BÜDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP)
Vorlage: 2076/2020

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt mehrheitlich bei 9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 5 Enthaltungen dem gemeinsamen Haushaltsbegleitantrag „Auf Augenhöhe mit den Herausforderungen“ der Stadtratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP zu.

Punkt 4.2 **Doppelhaushalt für die Haushaltsjahre 2021/2022;**
Nachmeldungen zum Verwaltungsentwurf
Vorlage: 1820/2020

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt bei 11 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen den Nachmeldelisten zum Verwaltungsentwurf zu.

Die Verwaltung wird gleichzeitig ermächtigt, auf Basis dieser Nachmeldungen und ggfs. weiterer beschlossener Änderungen den Doppelhaushalt 2021/2022 fertig zu stellen.

Punkt 4.3 **Verwaltungsentwurf des Sonderhaushaltsplans (Fonds, Selbständige Stiftungen)**
Vorlage: 1689/2020

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt bei 14 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung dem Verwaltungsentwurf des Sonderhaushaltsplans zu.

Die Verwaltung wird gleichzeitig ermächtigt, den Sonderhaushaltsplan 2021/2022 fertig zu stellen.

Punkt 4.4 **„Aufwertung der Kirchenfläche St. Bonifaz“ und „Umgestaltung Bonifaziusstraße und Bonifaziusplatz“; Bund-Länder-Programm Soziale Stadt/Sozialer Zusammenhalt**
hier: aktueller Planungsstand, Bürgerbeteiligung und –information, Antragstellung
Vorlage: 1817/2020

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt bei 12 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen zu, anhand der vorliegenden Planungen die Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen und zu informieren, die Planung fortzuführen sowie die Verwaltung mit der Antragstellung im April 2021 zu beauftragen.

Punkt 4.5 **Überplanmäßige Mittelbereitstellung i. H. v. 1.370.800 € zur Erfüllung der Pflichtaufgaben und Abwehr von Gefahren**
Vorlage: 1543/2020

Auf eine Nachfrage zur Gegenfinanzierung durch das Land, wird der Unterschied zwischen Pflichtaufgaben der Selbstverwaltung und Auftragsangelegenheiten erläutert. Da es sich um eine Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung handelt, erfolgt keine Gegenfinanzierung durch das Land.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt einstimmig bei 15 Ja-Stimmen der überplanmäßigen Mittelbereitstellung in Höhe von 1.370.800 EUR im Teilergebnishaushalt des Stadtplanungsamtes zu.

Punkt 4.6 **Finanzstatus Amt 51;**
hier: Bereitstellung von Haushaltsmitteln für Mehraufwendungen im Pflicht-
leistungsbereich bei den erzieherischen Hilfen
Vorlage: 1723/2020

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt einstimmig bei 15 Ja-Stimmen zu, die Mehraufwendungen im Pflichtleistungsbereich bei den erzieherischen Hilfen in Höhe von 2.215.000 EUR überplanmäßig im Haushaltsjahr 2020 bereit zu stellen.

Punkt 4.7 **Unselbständige Stiftungen, rechtlich selbständige Stiftungen und Fonds**
hier: Abschreibungen 2019
Vorlage: 1721/2020

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen beschließt einstimmig bei 15 Ja-Stimmen die überplanmäßige Bereitstellung in Höhe von 238.707,65 EUR im Haushaltsjahr 2020 für den Zeitraum vom 01.01.2019 bis 31.12.2019.

Punkt 4.8 **Haushaltsangelegenheit;**
Kauf einer mobilen Ein-Feld-Sporthalle
hier: außerplanmäßige Mittelbereitstellung für das Haushaltsjahr 2020
Vorlage: 1776/2020

Eine bereits im Einsatz befindliche mobile Sporthalle wird schon im sechsten Jahre genutzt und ist bereits am dritten Standort aufgebaut worden, erläutert Herr Korte, Werkleiter der Gebäudewirtschaft Mainz auf Nachfrage zur Nutzungsdauer einer mobilen Sporthalle. Grundsätzlich belaufe sich die Abschreibungsdauer auf acht bis zehn Jahre.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt einstimmig bei 15 Ja-Stimmen der außerplanmäßigen Mittelbereitstellung beim neuen Projekt „Erwerb einer mobilen Sporthalle“ für das Haushaltsjahr 2020 in Höhe von 1.332.500 EUR zu.

Punkt 4.9 **Errichtung einer Bürocontaineranlage II auf der Zitadelle**
Vorlage: 1827/2020

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt einstimmig bei 15 Ja-Stimmen der außerplanmäßigen Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 230.000 EUR zu Lasten der genehmigten Verpflichtungsermächtigungen des städtischen Gesamthaushalts sowie der außerplanmäßigen Mittelbereitstellung in Höhe von 66.625 EUR im Haushaltsjahr 2020 beim neuen Projekt „Bürocontaineranlage II Zitadelle“ zu.

Punkt 4.10 **GS Laubenheim, Schule und Sporthalle;**
hier: Außerplanmäßige Mittelbereitstellung für das Haushaltsjahr 2020
Vorlage: 1832/2020

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt einstimmig bei 15 Ja-Stimmen der außerplanmäßigen Mittelbereitstellung in Höhe von 1.742.500 EUR beim Projekt „Grundschule Laubenheim, Neubau Schule und Sporthalle“ (7.000618) für das Haushaltsjahr 2020 zu.

Punkt 4.11 **Nachbewilligung von Haushaltsmittel für den Bau der Rollschuhbahn auf der**
BSA Mainz-Bretzenheim
Vorlage: 1935/2020

Der Vorsitzende führt in die Beschlussvorlage ein und erläutert auf Nachfrage, dass es sich bei der aufgezeigten Lösung um die kostengünstigste Alternative handelt.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen beschließt einstimmig bei 15 Ja-Stimmen die überplanmäßige Mittelbereitstellung über 195.000 EUR für den Neubau einer Rollschuhbahn auf der Bezirkssportanlage in Mainz-Bretzenheim als Ersatz für die durch das KITA Provisorium weggefallene Rollschuhbahn.

Punkt 4.12 **Haushaltsangelegenheit;**
Beschaffung einer Containeranlage als Interims-Kita Gonsenheim-
Bruchspitze
hier: Außerplanmäßige Mittelbereitstellung für das Haushaltsjahr 2020
Vorlage: 2004/2020

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt einstimmig bei 15 Ja-Stimmen der außerplanmäßigen Mittelbereitstellung beim neuen Projekt „Beschaffung einer Containeranlage“ als Interims-Kita Gonsenheim-Bruchspitze im Haushaltsjahr 2020 in Höhe von 1.025.000 EUR

zu.

Punkt 5 **Bildung eines Kommunalen Zweckverbandes zur Koordinierung und Beratung der Eingliederungshilfe U 18 und der Kinder- und Jugendhilfe**
Vorlage: 1780/2020

Der TOP wurde einstimmig aufgrund von noch bestehendem Beratungsbedarf innerhalb der Fraktionen von der Tagesordnung abgesetzt.

Punkt 6 **Mitteilungen**

Der TOP 6 „Mitteilungen“ wurde vorgezogen und nach dem TOP 2.16 behandelt.

Der Vorsitzende schlägt ein neues Einladungsverfahren für die Geschäftsführungen der städtischen Beteiligungsgesellschaften vor.

Die Geschäftsführungen der städtischen Beteiligungsgesellschaften erhalten im Zuge des regulären Einladungsverfahrens die Tagesordnung zur Kenntnis mit dem Hinweis, dass bei gegebenenfalls angemeldeten Fragen, die Teilnahme an der Sitzung erbeten wird.

Fragen können von den Ausschussmitgliedern bis spätestens 9:00 Uhr des Ausschusstages schriftlich bei dem Vorsitzenden oder bei der Geschäftsführung angemeldet werden (die Fragen müssen nicht formuliert werden).

Sofern Fragen vorliegen, werden die Geschäftsführungen der städtischen Beteiligungsgesellschaften bis spätestens 10:00 Uhr per E-Mail informiert mit der Bitte an der entsprechenden Sitzung teilzunehmen.

Ende der Sitzung: 17:45 Uhr

.....
Günter Beck
Vorsitz

.....
Vera Hardy
Schriftführung